



Info Dienst Nr. 16 / 17. September 2010

Liebe Leserin,  
lieber Leser,

die Sommerpause habe ich dazu genutzt, in den Städten meines Wahlkreises möglichst viele Gespräche zu haben. Dabei habe ich interessante Begegnungen und lehrreiche Besuche erlebt. Die parlamentarische Sommerpause ist jetzt vorbei und ich nehme wieder viele Anregungen und Hinweise aus diesen Gesprächen mit nach Berlin.

Die erste Sitzungswoche des Deutschen Bundestages war geprägt durch die Beratungen für den Haushalt 2011. Die schwarz-gelbe Bundesregierung plant ihre Klientelpolitik auf Kosten der sozial Schwachen im nächsten Jahr weiter zu führen. Doch der Widerstand nimmt zu. Es formiert sich ein gesellschaftliches Bündnis von Parteien, Gewerkschaften, Vereinen und Verbänden, die sich gegen das sogenannte Sparpaket der Bundesregierung aussprechen. Und auch die Gegner der Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke machen mobil. Am 18. September findet in Berlin eine erneute Großdemonstration statt. Auch ich werde mit Bürgerinnen und Bürgern aus dem Kreis Unna Präsenz zeigen.

Die Bundesregierung treibt mit ihrer Politik die soziale und gesellschaftliche Spaltung in Deutschland voran. Die SPD zeigt Alternativen auf. Eine andere Politik ist möglich.

Besonders gefreut hat mich, dass ich in dieser Sitzungswoche mehrere Besuchergruppen aus meinem Wahlkreis in Berlin begrüßen konnte. Es ist eine wichtige Aufgabe und Möglichkeit für mich als Abgeordneten, die Bürgerinnen und Bürger über die Arbeit im Deutschen Bundestag zu informieren.

Die Themen dieser Sitzungswoche in Berlin habe ich in diesem Info-Dienst zusammengefasst.

Mit freundlichen Grüßen

Oliver Kaczmarek

-----  
Die Themen:

1. Die Themen des nächsten Halbjahres im Bundestag
2. Beratungen für den Haushalt 2011: Schwarz-Gelb spart auf Kosten der sozial Schwachen
3. Atomlobby diktiert weiterhin die Politik
4. Terminhinweis: Klimakonferenz des Kreises Unna am 23. September

### **1. Die Themen des nächsten Halbjahres im Bundestag**

Bis zum Jahresende stehen eine Reihe wichtiger Themen im Deutschen Bundestag zur Debatte. Die Bundesregierung wird sich positionieren müssen und die SPD-Bundestagsfraktion wird Alternativen präsentieren.

Themen, die wir diskutieren werden, sind unter anderem:

### **Die Zukunft der Wehrpflicht**

Seit Monaten kommen ständig neuen Vorschläge aus dem Verteidigungsministerium zur Reform der Wehrpflicht. Erst wurde diese auf sechs Monate verkürzt. Dann erklärte der Verteidigungsminister, dass man die Wehrpflicht auch abschaffen könne, nur um sich kurz darauf wieder zur Wehrpflicht zu bekennen. Dann wieder hieß es, man könnte die Wehrpflicht aussetzen. Mittlerweile nähert sich der Minister dem SPD-Modell eines freiwilligen Wehrdienstes an.

### **Die Neuberechnung der Hartz IV-Regelsätze**

Das Bundesverfassungsgericht hat mit seinem Urteil vom Februar 2010 zur Bemessung der Regelsätze im Zweiten Sozialgesetzbuch (SGB II) dem Gesetzgeber einen umfassenden Aufgabenkatalog übertragen. Die Anforderungen reichen von einer transparenten und sachgerechten Ermittlung der Bedarfe, die sich in den Regelsätzen ausdrücken müssen, über die Sicherstellung der Teilhabechancen von Kindern bis hin zur Sicherstellung dieser Ansprüche im Zweifelsfall durch den Bund. Bis zum 1. Januar 2011 muss die Bundesregierung, allen voran Bundesarbeits- und Bundessozialministerin Ursula von der Leyen, diesen Auftrag umsetzen.

Von der Leyen hat am 20. August 2010 den Sozial- und Bildungsministerinnen und -ministern der Länder ihre Pläne zur Umsetzung des Urteils vorgestellt. Dabei ist sie weit hinter unseren berechtigten Erwartungen zurückgeblieben. Denn sie ist ein schlüssiges Konzept schuldig geblieben. Von der Leyen verkürzt die Debatte völlig unzulässig auf einen Teilaspekt, nämlich die Einführung einer elektronischen Bildungscard. Damit will sie von ihren eigenen Versäumnissen bei der Umsetzung des Urteils ablenken. Aber selbst die angekündigte Bildungscard für alle Kinder ist bereits beträchtlich zusammen geschmolzen. Nun ist nur noch davon die Rede, die Bildungscard als Pilotprojekt in einigen Modellregionen zu testen. Damit kann sie nicht überzeugend klären, wie sie ab Januar für eine bessere Bildungsteilhabe der Kinder im SGB-II-Bezug sorgen will. Genauso wenig hat sie zeigen können, wie sie die Bedarfe von Kindern transparent und angemessen ermittelt und wie hoch dementsprechend die Leistungen im SGB II ab 1. Januar 2011 überhaupt sein müssen. Das aber ist die Basis für alle weiteren Überlegungen.

Jetzt warten wir darauf, dass Ministerin von der Leyen ihre vollständigen Vorstellungen zur Umsetzung des Urteils öffentlich macht. Ein Referentenentwurf, der die Höhe der Regelsätze noch offen lässt, wird am 20. September an die Verbände verschickt. Die Höhe der Sätze soll dann eine Woche später benannt werden.

Das SPD-Präsidium hat bereits in seiner Sitzung am 23. August einen Beschluss zur Umsetzung des Bundesverfassungsgerichtsurteils gefasst.

Mit dem Beschluss verdeutlichen wir, dass wir nur mit einem Gesamtkonzept die Lebenssituation der betroffenen Kinder und Familien verbessern können. Hierzu haben wir ein Drei-Säulen-Modell entwickelt, das folgende Elemente umfasst:

- transparent ermittelte Regelsätze für Kinder und Erwachsene, die die unterschiedlichen Bedarfe angemessen abbilden,
- die Garantie, dass auch besondere Bedarfe gedeckt werden. Hierzu gehören beispielsweise die Klassenfahrt oder Kosten in Folge von chronischen Erkrankungen.
- der Ausbau der Infrastruktur, damit Kinder überhaupt ihren Anspruch auf Förderung und Teilhabe einlösen können. Dazu zählen Ganztagsbetreuung in Kitas, Ganztagsangebote an Schulen und vieles mehr.

**Einsetzung einer Enquête-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt“**

Gemeinsam mit den Grünen fordert die SPD-Bundestagsfraktion, dass der Deutsche Bundestag eine Enquete-Kommission zur Frage des nachhaltigen Wirtschaftens einsetzt.

Enquête-Kommissionen sind vom Deutschen Bundestag oder von einem Landesparlament eingesetzte überparteiliche Arbeitsgruppen. Ihre Aufgabe ist es langfristige Fragestellungen zu lösen, in denen unterschiedliche juristische, ökonomische, soziale oder ethische Aspekte abgewogen werden müssen. So gab es zum Beispiel bereits Kommissionen zu den Themen „Ethik in der modernen Medizin“ oder zur „Globalisierung der Weltwirtschaft“.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat ebenso wie der Klimawandel eine grundlegende Vertrauenskrise beschleunigt: Immer mehr Menschen sind überzeugt, dass wir mit bisherigen Wachstums- und Wirtschaftsmodellen keinen nachhaltigen Wohlstand erreichen. Das durch Finanzspekulation getriebene Wachstum ist wie ein Kartenhaus in sich zusammen gefallen. Einseitige Kapitalgewinne gingen zu Lasten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die Ungleichheit der Einkommensverteilung hat zugenommen. Und es ist breiter Konsens, dass ein seit Jahrzehnten auf verschwenderischen Ressourcenverbrauch basierendes Wachstum die Lebensgrundlage unserer Kinder und Enkel ruiniert.

Daraus ergibt sich die dringend notwendige Suche nach einem neuen Fortschrittsbegriff. Welches Wachstum wollen wir? Was bringt mehr Lebensqualität? Wie organisieren wir breitere Teilhabe am Wohlstand? Wie garantieren wir die globale Tragfähigkeit des Wohlstandsversprechens? Diese Diskussion muss politisch aufgenommen und vorangetrieben werden. Wir wollen die Verbindlichkeit der Erkenntnisse erhöhen und Handlungsempfehlungen erarbeiten. Das ist die Aufgabe einer Enquête-Kommission „Wohlstand, Wachstum, Lebensqualität“ des Deutschen Bundestages, die SPD und Bündnis 90/Die Grünen gemeinsam fordern.

### **Integration**

Das Zusammenleben der Menschen im Einwanderungsland Deutschland, die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund mit allen Möglichkeiten und die Alltagserfahrungen der Menschen dort, wo Integration gescheitert ist – das sind Themen, die die SPD und die gesamte Öffentlichkeit in den letzten Wochen besonders beschäftigt haben. Die SPD im Kreis Unna und im Bundestag wird sich dieser Diskussion mit großer Offenheit stellen. Wir sprechen mit Praktikern, die über Erfolge und auch schonungslos über Defizite in der Integrationspolitik reden. Ich bin davon überzeugt, dass es zu einem gedeihlichen Zusammenleben der Menschen und zur Integration keine Alternative gibt. Um allerdings dahin zu kommen, müssen wir ehrlich über die Richtigkeit des Weges debattieren und die Meinungen der Menschen ernst nehmen. Wir wollen eine Debatte ohne „Ängste und Träumereien“ wie es Johannes Rau bereits im Jahr 2000 gefordert hat.

Wir werden konkrete Handlungsmöglichkeiten erarbeiten und auch die Bundesregierung unter Druck setzen, damit sie ihren Worten Taten folgen lässt. Es reicht nämlich nicht auf der einen Seite über die Notwendigkeit von Integrationsmaßnahmen zu sprechen und auf der anderen Seite den Kommunen die Mittel zu kürzen.

### **Gesundheit**

Bereits vor der Sommerpause hat Gesundheitsminister Rösler mit einem pauschalen Zusatzbeitrag die Kopfpauschale durch die Hintertür eingeführt. Es reicht ihm nicht, dass die Zusatzbeiträge mehr Bürokratie bedeuten. Es reicht auch nicht, dass künftig allein die Versicherten die steigenden Gesundheitskosten tragen sollen. Es reicht immer noch nicht, dass es künftig keine Rolle mehr spielt, wie leistungsfähig der Versicherte wirklich ist und es reicht wohl auch nicht, dass der automatische Sozialausgleich lächerlich gering sein wird. Nun bekommt die Gesetzliche Krankenversicherung auf Wunsch der Koalition auch noch ein Inkasso, um diejenigen, die den Zusatzbeitrag nicht bezahlen können, noch tiefer in die Schulden zu stürzen.

Das Gesundheitsministerium erweist sich immer mehr als Handlager der privaten Krankenversicherungen und der Arzneimittelbranche. In den nächsten Monaten wird es uns darum gehen, diesen Kurs endlich zu stoppen.

## **2. Beratungen für den Haushalt 2011: Schwarz-Gelb spart auf Kosten der sozial Schwachen**

Die Fortsetzung der sozialen Spaltung – das ist der Kern des Haushalts, den die Bundesregierung in dieser Woche dem Parlament vorlegt. Angela Merkel kürzt bei den Schwachen und verteilt neue Privilegien an die wirtschaftlich Starken. Sie schneidet scharf in den Sozialhaushalt und kürzt bei der Integrationspolitik, präsentiert aber eine riesige Blase von Luftbuchungen, wo es zum Beispiel um die Beteiligung der Finanzwirtschaft geht. Die Koalition verletzt damit auf fundamentale Weise die Gerechtigkeit. Sie gefährdet den inneren Frieden in Deutschland.

Der Haushaltentwurf enthält massive Einschnitte zu Lasten von Menschen, die nach Arbeit suchen und die Vermittlung der Bundesagentur für Arbeit brauchen. Alleinerziehenden ohne Erwerbseinkommen wird das Elterngeld gestrichen. Arbeitslose bekommen keinen Rentenversicherungsbeitrag und Geringverdiener keinen Heizkostenzuschuss mehr.

Die wirtschaftliche Erholung zur Mitte des Jahres war stark. Aber sie löst nicht die strukturellen Risiken und Gefahren, die uns die Finanzmarktkrise dramatisch vor Augen geführt hat. Daraus keine Lehre zu ziehen, wäre unverantwortlich. Die Lasten, die als Folge des Bankendesasters nach wie vor auf den öffentlichen Haushalten liegen, sind eine fortwährende Mahnung, die Neuordnung der Finanzmärkte nicht schleifen zu lassen.

Zur gerechten Lastenverteilung und zur Begrenzung kurzfristiger Spekulation gehört die sogenannte Finanztransaktionssteuer. Die Koalition aber ist in dieser Frage zerstritten. Die FDP will diese Steuer nicht. Die Union setzt sich nur halbherzig dafür ein. Ob sie kommt, steht in den Sternen. Die in der Finanzplanung ab 2012 dafür einkalkulierten zwei Milliarden Euro sind ein Luftschloss des Finanzministers. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt den Kampf um die Finanztransaktionssteuer fort.

### **Die Alternative: Gerecht sparen, wachstumsorientiert konsolidieren**

Die SPD-Bundestagsfraktion hält dem ihr Konsolidierungskonzept entgegen. Staatsverschuldung gerecht abbauen ist möglich, etwa durch Streichung von Privilegien und Rücknahme der Klientelpolitik, durch Streichung sinnloser oder schädlicher Subventionen, aber auch durch Heranziehung der Finanzbranche. Zugleich wollen wir Investitionen fördern, neues Wachstum ermöglichen und somit auch die Steuerbasis des Staates absichern.

Die Rückführung der Neuverschuldung kann nur mit den Menschen gelingen und nicht gegen sie. Nur wenn die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger überzeugt von Notwendigkeit und Maßnahmen ist, kann Konsolidierungspolitik erfolgreich sein. Nur wenn starke Schultern mehr tragen als schwache, kann Schuldenabbau gerecht sein. Nur wenn wir Zukunftsaufgaben finanzieren, kann Konsolidierung dauerhaft und nachhaltig sein. Für uns sind soziale Gerechtigkeit, Solidarität und Zukunftsinvestitionen maßgeblich für jede konkrete Maßnahme. Schuldenreduzierung muss ökologisch sinnvoll und ökonomisch klug sein. Nur bei ökologisch und ökonomisch kluger Ausrichtung wird aus reiner Schuldenreduzierung eine wachstumsorientierte Konsolidierungspolitik.

#### **Zahlen rund um den Bundeshaushalt**

- 2011 beträgt der Etat des Bundeshaushaltes 307 Milliarden Euro
- 2010 lag der Etat bei 319, 5 Milliarden
- Das Sparpaket sieht bis 2014 Entlastungen des Bundes um 80 Milliarden Euro vor.
- Für 2011 sind neue Kredite von 57,5 Milliarden geplant. Bis 2014 soll die Neuverschuldung auf 24 Milliarden Euro gedrückt werden.
- Die größten Einsparungen erfolgen im Etat für Arbeit und Soziales:
  - o Wegfall der Zuschläge für Arbeitslose beim Übergang zu Hartz IV: 0,2 Mrd. Euro
  - o Streichung der Rentenbeiträge für Hartz-IV-Empfänger: 1,8 Mrd. Euro
  - o Streichung des Elterngelds für Hartz-IV-Empfänger: 0,4 Mrd. Euro
  - o Wegfall des Heizkostenzuschusses für Wohngeldempfänger: 0,1 Mrd. Euro
  - o Kürzungen bei den Eingliederungsmaßnahmen von Hartz-IV Empfängern: 2 Mrd. Euro
  - o Kürzung des Elterngelds auf maximal 65 % des Einkommens: 0,2 Mrd. Euro

Zum Vergleich: Beteiligung des Bankensektors an den Folgen der Finanzkrise: 0,00 Mrd. Euro

### **3. Atomlobby diktiert weiterhin die Politik**

Als wegweisende Revolution haben Bundeskanzlerin Angela Merkel und FDP-Chef Guido Westerwelle das Energiekonzept der Bundesregierung gefeiert. Umweltminister Norbert Röttgen sprach von einem „Fahrplan ins Zeitalter der erneuerbaren Energien“. Dabei wird immer deutlicher, dass die Atomkonzerne die Bundesregierung über den Tisch gezogen haben.

Auch das Vorgehen der Bundesregierung im Zuge dieses Atomdeals grenzt in seiner erneuten Missachtung demokratischer Verfahren an einen politischen Skandal. In den frühen Morgenstunden des 6. September wurde ein geheimer Vertrag mit den Stromversorgern unterschrieben, der ein Geschäft der besonderen Sorte enthält.

#### **Der Deal mit den Atomkraftwerksbetreibern**

Die Atomkraftwerke sollen im Schnitt zwölf Jahre länger laufen als bisher vereinbart. Die Kraftwerke werden in zwei Gruppen aufgeteilt: Die sieben ältesten Reaktoren dürfen acht Jahre länger laufen, die zehn jüngeren Meiler 14 Jahre. Als erste Anlagen müssten somit 2019 Isar1 und Neckarwestheim1 vom Netz gehen, abgeschlossen wäre der Atomausstieg 2037 mit der Stilllegung des AKW Emsland. Da aber Reststrommengen von alten auf neuere Meiler übertragen werden und wartungsbedingte Produktionsausfälle nachgeholt werden dürfen, könnten einzelne Werke bis weit in die 40er Jahre dieses Jahrhunderts hinein laufen. Damit verheißt die Bundesregierung den vier Energieriesen E.ON, EnBW, Vattenfall und RWE Zusatzgewinne von rund 60 Milliarden Euro. Wenn man davon ausgeht, dass der Strompreis in den nächsten Jahren noch weiter steigt, werden die Zusatzgewinne noch höher sein.

Die Brennelementesteuer in Höhe von 2,3 Milliarden Euro pro Jahr soll für sechs Jahre erhoben werden. Danach soll es eine vertragliche Regelung zwischen den Energieversorgern und der Regierung geben. Neben der Brennelementesteuer verpflichten sich die Konzerne, Sonderbeiträge zu zahlen, mit denen die erneuerbaren Energien gefördert werden sollen. Diese sollen sich im Bereich von 200 bis 300 Millionen Euro pro Jahr bewegen.

Damit müssen die Konzerne nicht mal 30 % ihrer zusätzlichen Gewinne an den Staat abtreten. Die Koalition hatte eigentlich versprochen, mindestens 50 % der Gewinne abzuschöpfen.

#### **Milliardengewinne für die Konzerne – Rabatt auf die Sicherheit**

Die Kosten der Konzerne für Sicherheitsnachrüstungen werden in dem Vertrag pro Meiler auf 500 Millionen begrenzt. Was darüber hinausgeht, wird von den Zahlungen der Atomkonzerne für Erneuerbare Energien abgezogen. Eine Aufstellung des Bundesumweltministeriums kalkuliert bei einer Laufzeitverlängerung von 12 Jahren mit Nachrüstkosten zwischen 600 Millionen und 2 Milliarden Euro je Meiler. Der anrühige Geheim-Deal mit der Atomlobby verspricht also nichts anderes als einen Rabatt auf Sicherheit. Zum Jahrestag der Terrorangriffe vom 11. September wird klar, dass es keinen zusätzlichen Schutz der Atommeiler vor Flugzeugabstürzen geben wird. Auch das spaltet die Gesellschaft. Auch damit riskiert Merkel, einen gesellschaftlichen Konflikt aufzureißen, den wir mit dem rot-grünen Atomkonsens schon beigelegt hatten.

#### **Protesttag am 18. September**

Am 18. September ist Protesttag in Berlin, ein Tag, an dem wir gemeinsam mit gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen den von Rot-Grün vor zehn Jahren durchgesetzten Atomausstieg verteidigen wollen. Merkels Atomdeal bringt Tausende von Tonnen zusätzlichen hochradioaktiven Abfall, für den es nach wie vor kein sicheres Endlager gibt. Merkels Atomdeal blockiert die Energiewende, denn der Ausbau der Erneuerbaren Energien und die Investitionen der Kommunen in Kraft-Wärme-Koppelung werden erschwert. Merkels Atomdeal verletzt das Gebot des fairen Wettbewerbs, denn statt Wettbewerbsgleichheit für die Stadtwerke zu schaffen, werden milliardenschwere Privilegien für vier Großunternehmen verschenkt. Merkels Atomdeal schafft keine Rechtssicherheit, denn er trägt mit rechtswidrigen Geheimabsprachen und der Umgehung des Bundesrates den Makel des Verfassungsbruchs in sich und wird – ich stimme dem ehemaligen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Hans-Jürgen Papier und seinem Gutachten zu – vor dem Verfassungsgericht keinen Bestand haben.

Weitere Informationen zur Großdemonstration am 18. September in Berlin finden Sie unter: <http://www.anti-atom-demo.de>

#### **4. Terminhinweis: Klimakonferenz des Kreises Unna am 23. September**

Der Kreis Unna liegt im Spannungsfeld zwischen dem industriellen Ruhrgebiet und dem ländlichen Raum. Er bewies bereits Anfang der 1980er Jahre mit der Einrichtung des landesweit ersten Kreisumweltamtes, dass und wie die Interessen von Ökologie und Ökonomie unter einen Hut zu bringen sind.

Regelmäßig führt der Kreis Unna Veranstaltungen zu umweltpolitischen Themen durch. In der kommenden Woche findet in Werne die zweite Klimakonferenz des Kreises statt.

**Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel**  
**Veranstaltungsort: Freiherr-vom-Stein-Berufskolleg, Becklohhof 18, Werne**  
**Donnerstag, 23. September**  
**Uhrzeit: 13 – 17 Uhr**

Diskutieren Sie mit interessanten Referenten die Auswirkungen des Klimawandels und die Möglichkeiten diesen auf kommunaler Ebene entgegenzuwirken. Auch ich selbst werde an der Konferenz teil nehmen und für Gespräche zur Verfügung stehen.

Weitere Informationen zum Ablauf und zu den Referenten erhalten Sie, [wenn Sie hier klicken](#).